



Reihenfolge der Beratung der 50. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Im Falle von Anträgen zu einer Fragestunde erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 22. Februar 2017			
1	Aktuelle Stunde zur Abschiebungspolitik	70	10:00
2 + 70	Regierungserklärung und Bericht zur Entwicklung des Tourismus	70	11:10
25	Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts	10	15:00
8 + 36	Staatsvertrag und Bericht zur HSH Nordbank	35	15:10
3 + 27 + 59	Gesetzentwurf und Anträge zum Wohnungsbau	35	15:45
4	Gesetz zur Errichtung eines Versorgungsfonds	35	16:20
6	Rettungsdienstgesetz	35	16:55
Donnerstag, 23. Februar 2017			
69	Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	35	09:00
29	Zukunft der Waldkindergärten in Schleswig-Holstein sichern	35	09:35
9	Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofs	30	10:10
13 + 43 + 53 + 54 + 55	Vorlagen zum ÖPNV und zur Mobilität im ländlichen Raum	35	10:40
21	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	35	11:15
22	Entwurf eines Petitionsgesetzes	30	11:50
44	Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses	5	12:20
23	Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	35	15:00
24	Änderung der Landesverfassung (Einführung von Referenden)	35	15:35
31	Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher	35	16:10
32 + 68 + 72	Entwicklung der Begabtenförderung und Bericht zur MINT-Bildung	35	16:45
Freitag, 24. Februar 2017			
5 + 19 + 30	Gesetzentwürfe und Antrag zur Energiewende, Landesplanungsrecht und Netzentgelte	35	10:00
34 + 63	Terrorismusbekämpfung und Umgang mit Gefährdern	35	10:35
35 + 40	Vorlagen zur Sportpolitik	35	11:10
38	Ablehnung der Pkw-Maut im Bundesrat	35	11:45
73	Vierter Opferschutzbericht der Landesregierung	35	14:00
41	Schutzvorkehrungen und Mindeststandards für Praktika einführen	35	14:35
42	Gemeinnützigkeit von Bürgerfunk-Initiativen zur freien Internetversorgung	35	15:10
66	Maßnahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	35	15:45

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 18/5205):

TOP	
7	Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
10	Gesetz über die Integration von Migrantinnen und Migranten
11	Gesetz zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag HSH
12	Zwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
14	Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik
15	Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung
17	Gesetz zur Neuordnung der Hochschulmedizin
18	Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes
20	Staatsvertrag über einen gemeinsamen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung
33	Keine Diskreditierung der Landwirte
39	Besetzung der 30 ausgeschriebenen Planerstellen beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr
45	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten
46	Fonds für die Heimerziehung
47	Bundesteilhabegesetz zurückziehen und komplett neu ausrichten
48	Flexiblere Betreuungsangebote schaffen - die Qualität entscheidet
49	Medikamentenversuche im Rahmen von Heimerziehung
50	Vergütung für Mehrarbeit im Justizvollzug ermöglichen
51	Partizipations- und Integrationsgesetz für Schleswig-Holstein
52	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
56	Verdeckte Radarkontrollen abschaffen
57	Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern
58	Für eine zukunftssichere Altersvorsorge
60	Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein
61	Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer wegen Organstreitverfahren
62	Bundratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet
65	Erster Allgemeinbildender Schulabschluss muss das Ziel bleiben
71	Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

16	Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes
26	Zusammenarbeit von Land und Kommunen
28	Wohnungsmangel der Studierenden / Bau von Studierendenwohnraum
37	Freiheit und Datenschutz für Drohnenflüge sichern
64	Strukturelle Nachteile bei Fachhochschulen abbauen - mehr Masterstudienplätze finanzieren
74	Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung